

Befragung im INSA-Meinungstrend

im Auftrag von DIA

16.11.2020



Feldzeit:

13.11. – 16.11.2020

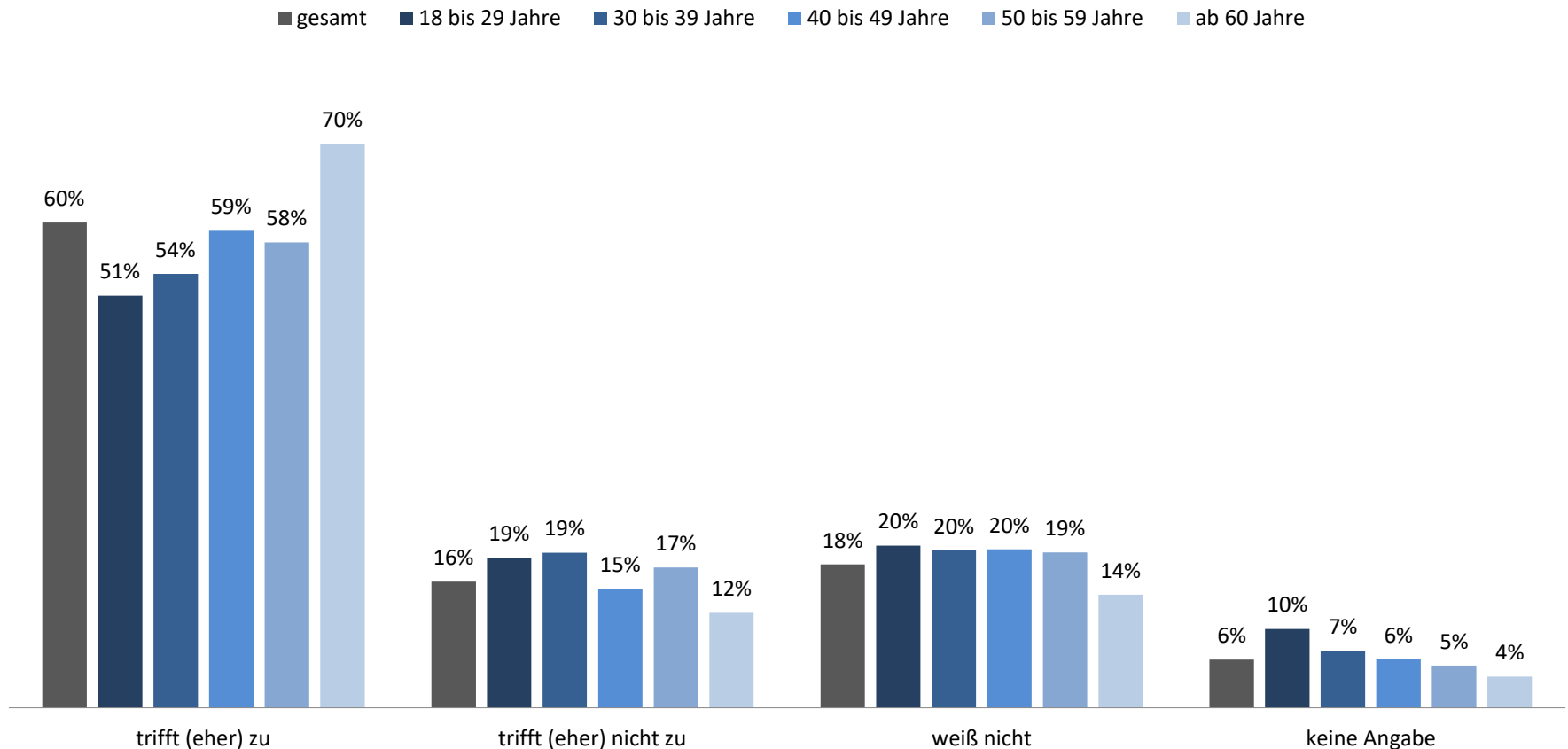
Methodik:

Die Umfrage wurde als Online-Befragung durchgeführt. Sie ist gestützt auf einer permanenten Telefon-Befragung (*INSA-Perpetua Demoscopia*).

Stichprobe:

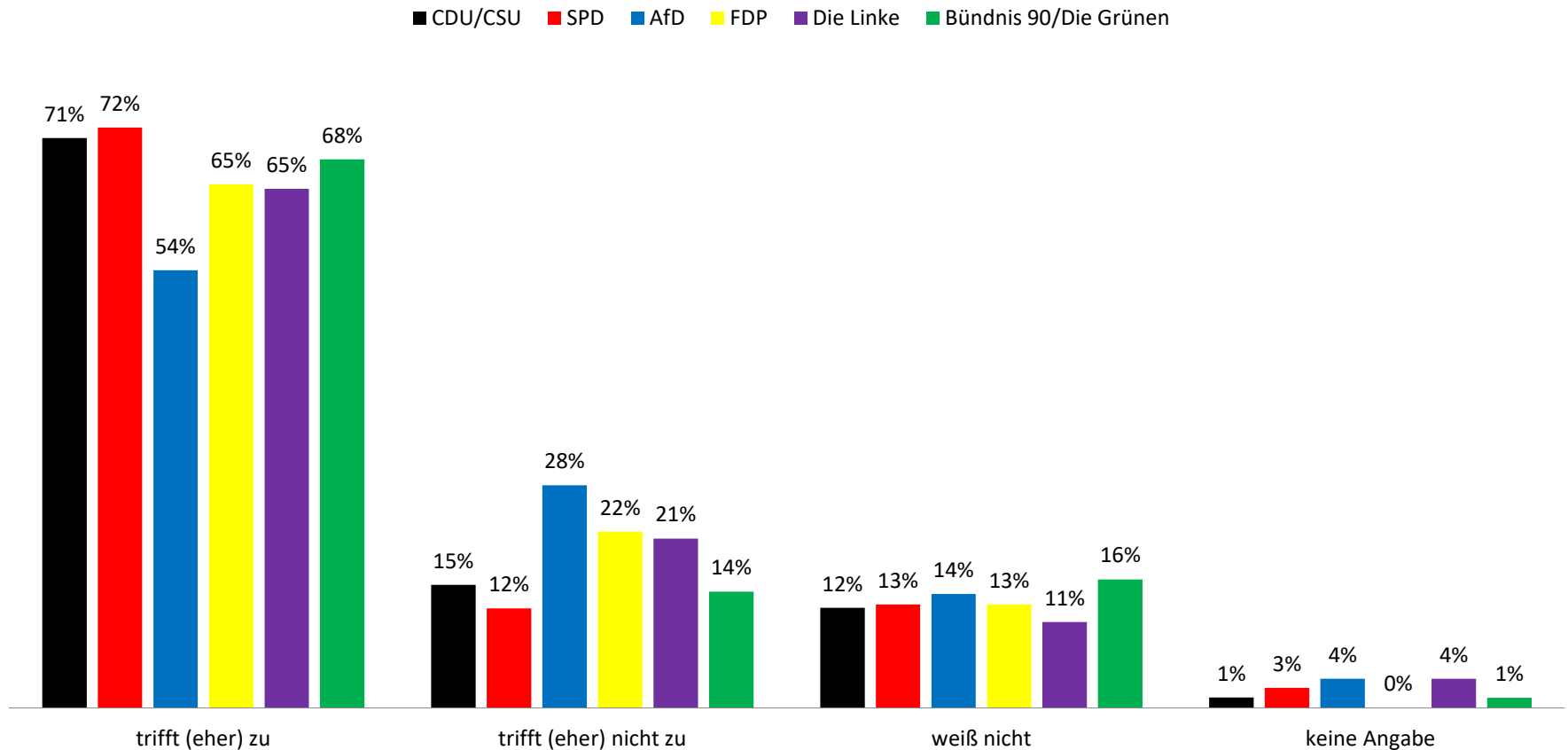
2.077 Personen aus Deutschland ab 18 Jahren nahmen an der Befragung teil.

Die gegenwärtige Krise führt zu einem veränderten Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung, sodass Risikovorsorge an Bedeutung gewinnt.



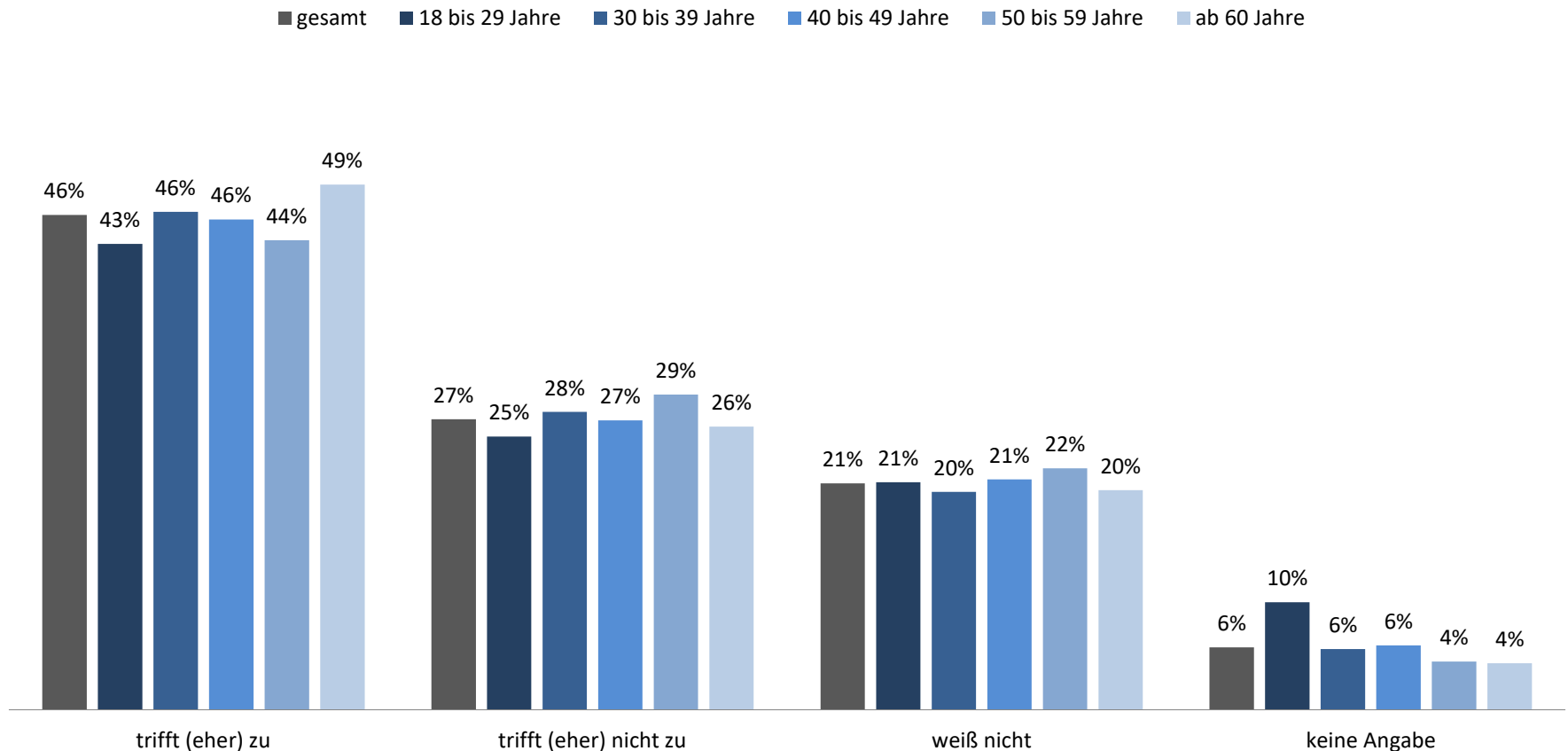
Die absolute Mehrheit der Gesamtbefragten (60 %) vertritt die Meinung, dass die gegenwärtige Krise zu einem veränderten Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung führt, sodass Risikovorsorge an Bedeutung gewinnt. 16 Prozent widersprechen dem. Nahezu ein Viertel (24 %, kumuliert) weiß oder gibt keine Antwort. Mit dem Alter steigen tendenziell auch die Anteile derer, die die Aussage als zutreffend empfinden, von 51 (18-29 Jahre) auf 70 Prozent (ab 60 Jahre).

Die gegenwärtige Krise führt zu einem veränderten Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung, sodass Risikovorsorge an Bedeutung gewinnt.



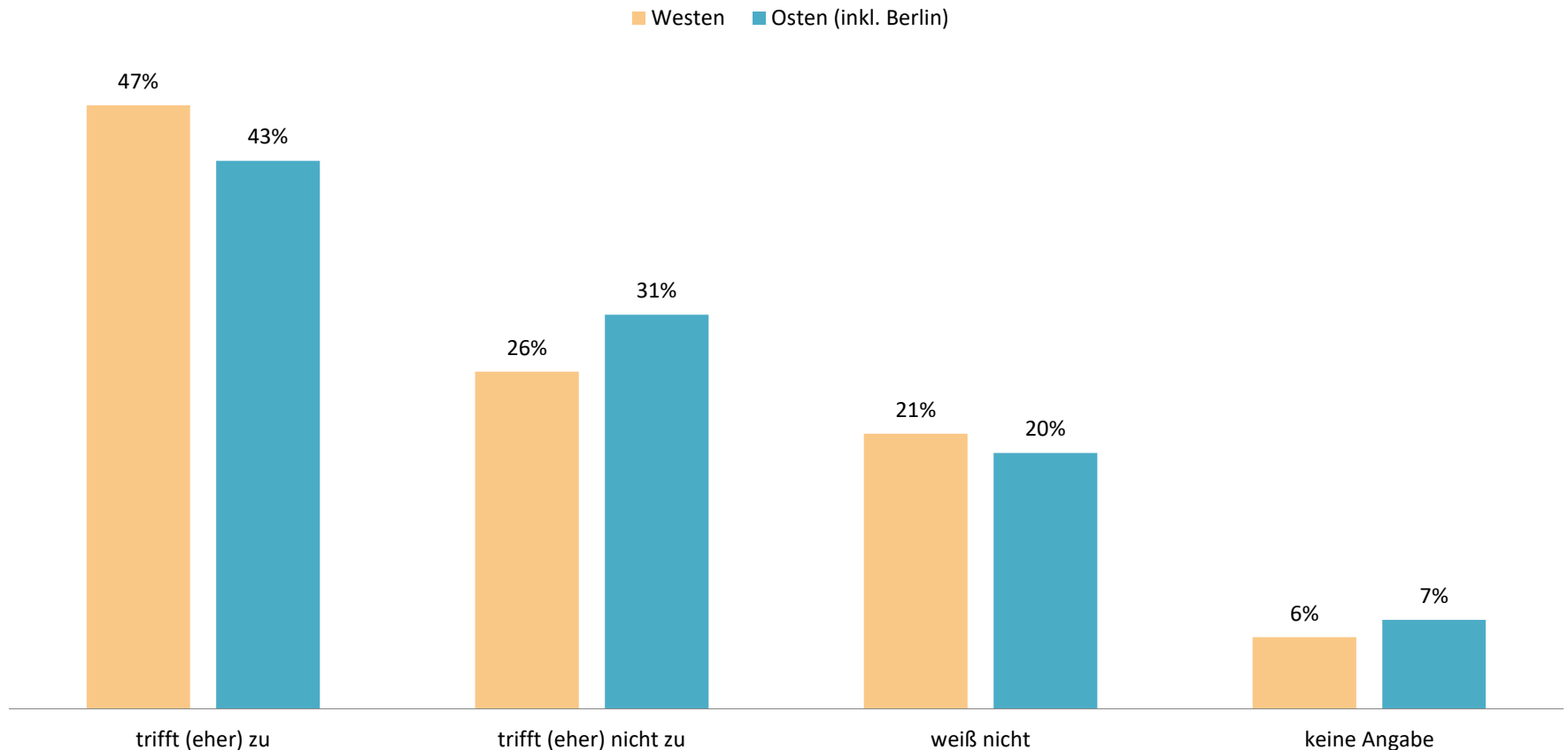
Unabhängig von der Wahlpräferenz stimmen alle Gruppen der Aussage absolut-mehrheitlich zu. AfD-Wähler tun dies jedoch deutlich seltener als die anderen (54 zu 65-72 %).

Die finanziellen Belastungen (z. B. durch Kurzarbeit oder in Frage gestellte wirtschaftliche Existenzgrundlagen) werden in der Bevölkerung künftig zu einer stärkeren Bildung von finanziellen Rücklagen führen.



Die relative Mehrheit von 46 Prozent denkt, dass die finanziellen Belastungen in der Bevölkerung künftig zu einer stärkeren Bildung von finanziellen Rücklagen führen werden. 27 Prozent tun dies nicht. 27 Prozent (kumuliert) wissen es nicht oder machen keine Angabe. Befragte ab 60 Jahren stimmen leicht häufiger zu als die übrigen Altersgruppen (49 zu 43-46 %).

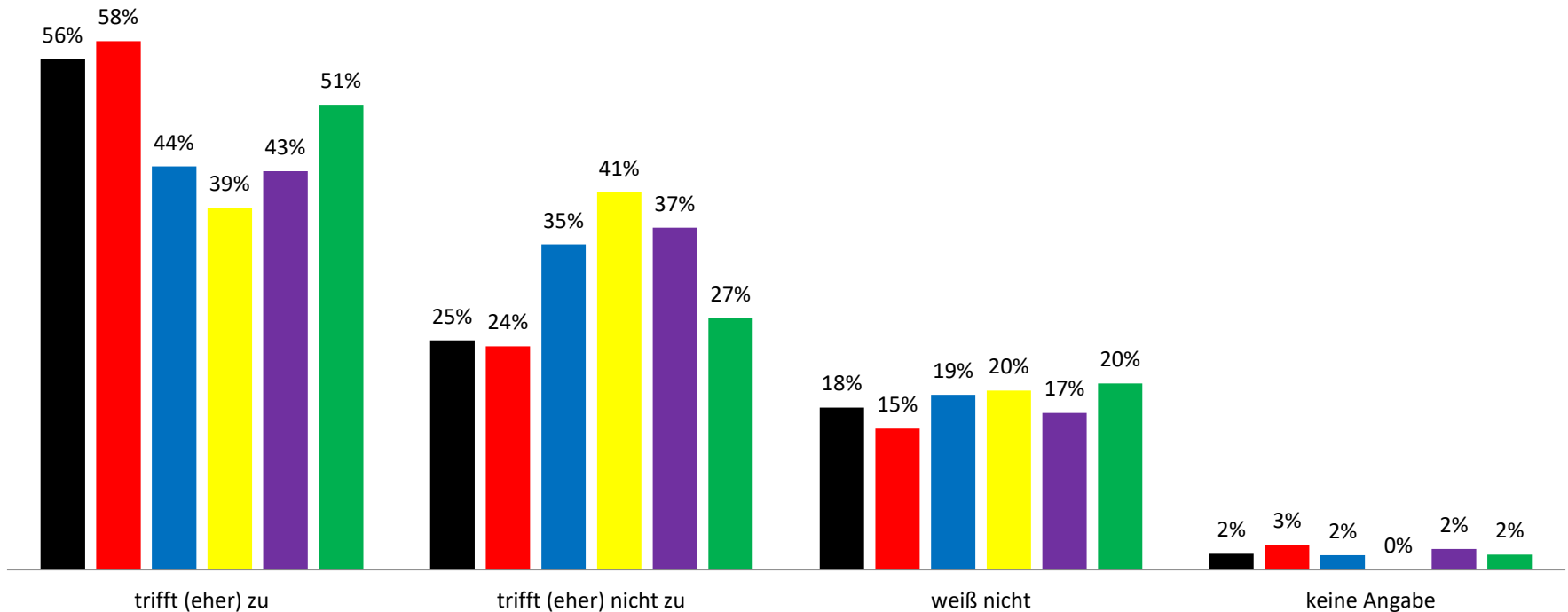
Die finanziellen Belastungen (z. B. durch Kurzarbeit oder in Frage gestellte wirtschaftliche Existenzgrundlagen) werden in der Bevölkerung künftig zu einer stärkeren Bildung von finanziellen Rücklagen führen.



Westdeutsche Befragte gehen etwas häufiger davon aus als ostdeutsche, dass die finanziellen Belastungen in der Bevölkerung zukünftig zu einer stärkeren Bildung finanzieller Rücklagen führen werden (47 zu 43 %). Entsprechend empfinden sie die Aussage auch seltener als nicht zutreffend (26 zu 31 %).

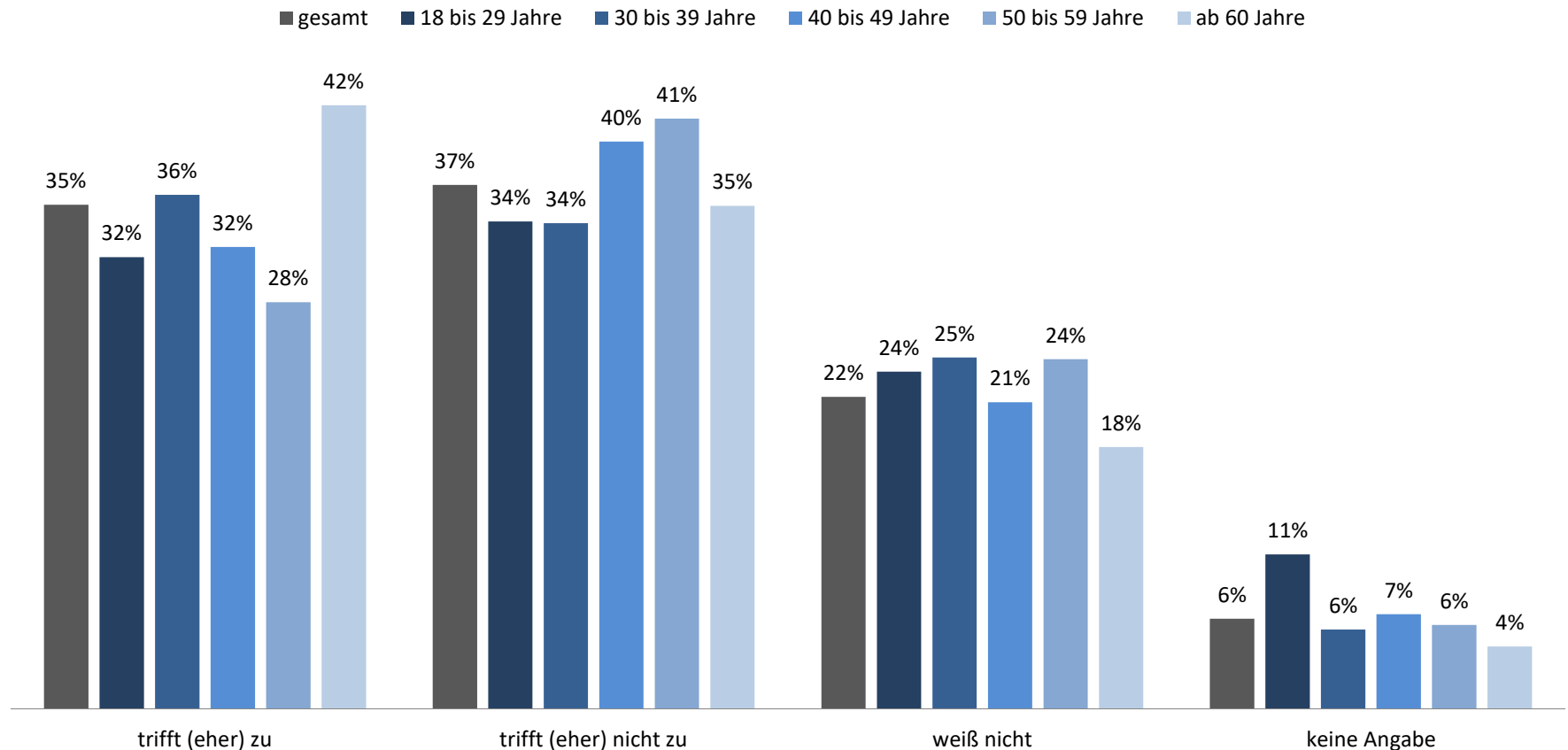
Die finanziellen Belastungen (z. B. durch Kurzarbeit oder in Frage gestellte wirtschaftliche Existenzgrundlagen) werden in der Bevölkerung künftig zu einer stärkeren Bildung von finanziellen Rücklagen führen.

■ CDU/CSU ■ SPD ■ AfD ■ FDP ■ Die Linke ■ Bündnis 90/Die Grünen



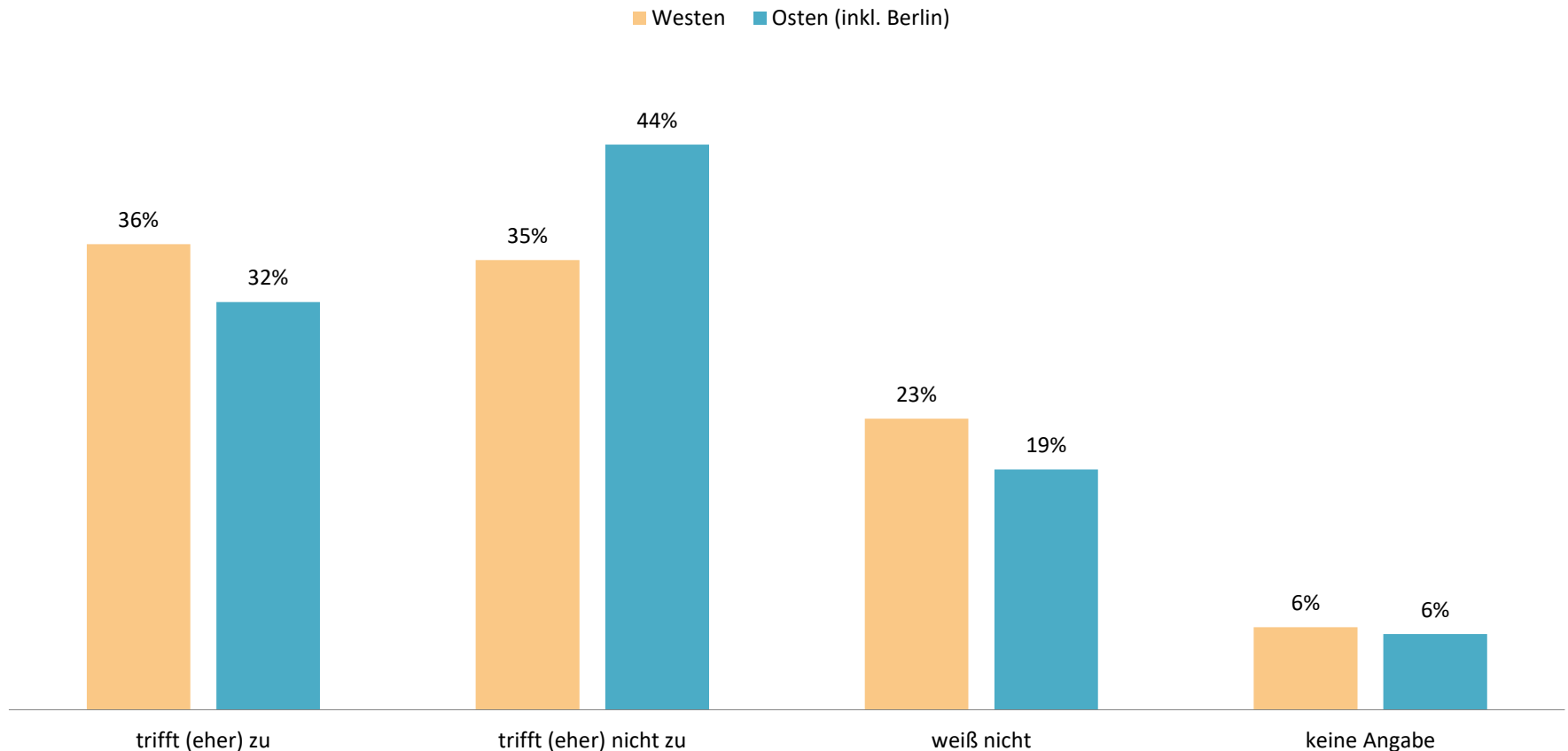
FDP-Wähler stimmen der Aussage als einzige Gruppe knapp relativ-mehrheitlich nicht zu (41 zu 39 %). Alle übrigen sind der Ansicht, dass die finanziellen Belastungen zur stärkeren Bildung finanzieller Rücklagen in der Bevölkerung führen werden, wobei die Zustimmungswerte von 43 (Linke-Wähler) bis 58 Prozent (SPD-Wähler) reichen.

Das Vertrauen gegenüber staatlichen Einrichtungen, in Krisenphasen angemessen zu intervenieren (z. B. durch Hilfsmaßnahmen), nimmt in der Bevölkerung zu.



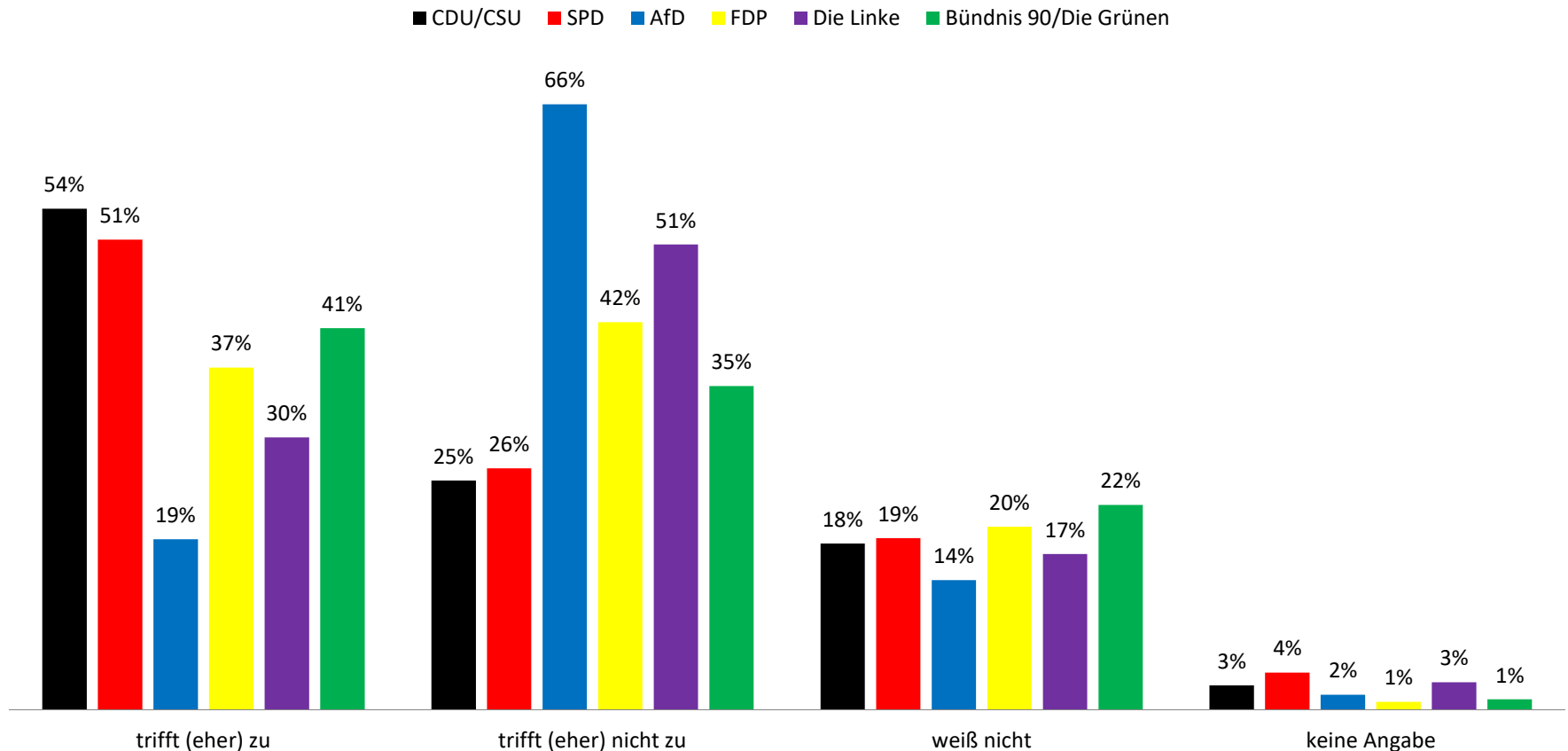
Dass das Vertrauen gegenüber staatlichen Einrichtungen, in Krisenphasen angemessen zu intervenieren, in der Bevölkerung zunimmt, glauben 35 Prozent der Gesamtbefragten. In etwa der gleiche Anteil ist gegenteiliger Ansicht (37 %). 28 Prozent (kumuliert) wissen oder geben keine Antwort. Befragte ab 60 Jahren denken häufiger als die übrigen, dass die Aussage zutrifft (42 zu 28-36 %), Befragte zwischen 40 und 59 Jahren hingegen lehnen besonders oft ab (40-41 zu 34-35 %).

Das Vertrauen gegenüber staatlichen Einrichtungen, in Krisenphasen angemessen zu intervenieren (z. B. durch Hilfsmaßnahmen), nimmt in der Bevölkerung zu.



Während westdeutsche Befragte zu fast gleichen Teilen der Aussage zustimmen bzw. sie ablehnen (36 zu 35 %), sind ostdeutsche Befragte relativ-mehrheitlich der Meinung, dass das Vertrauen gegenüber staatlichen Einrichtungen, in Krisenzeiten angemessen zu intervenieren, in der Bevölkerung nicht zunimmt (44 zu 32 %).

Das Vertrauen gegenüber staatlichen Einrichtungen, in Krisenphasen angemessen zu intervenieren (z. B. durch Hilfsmaßnahmen), nimmt in der Bevölkerung zu.



AfD-, FDP- sowie Linke-Wähler denken mehrheitlich nicht, dass das Vertrauen gegenüber staatlichen Einrichtungen, in Krisenzeiten angemessen zu intervenieren, in der Bevölkerung zunimmt (42-66 %). Zwischen 41 (Grünen-Wähler) und 54 Prozent (Unions-Wähler) hingegen empfinden die Aussage als zutreffend.

Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an:

INSA-CONSULERE GmbH

Arndtstraße 1

99096 Erfurt

Tel.: 0361 380 395 70

Fax: 0361 644 311 1

Hinweise zu den Grafiken:

Auf Grund der Verwendung von gerundeten Zahlenangaben kann die Summe der Prozentzahlen unter Umständen geringfügig von 100 Prozent abweichen.

Im Falle von Mehrfachantworten kann die Summe der Prozentzahlen erheblich von 100 Prozent abweichen.